

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 79.

Dresden, Montag den 6. April 1914.

25. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Inseratentabelle Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 90 Pf. Einmalig 10 Mk. 27 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 21 Pf. — Ausland mit Postgebühren der Fern- und Postgebühren.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bei 6 Spalten Breite mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wendet sich gegen die Resolution, daß der Reichskanzler zur „Verstrafung“ wegen der Abreise von den Schluß des Reichstags statt der Verurteilung beschuldigt.

Die Erklärungen des Ministeriums Salandra wurden von der italienischen Kammer mit großer Mehrheit gebilligt.

Der Flieger Dietrich ist in 8 Stunden 58 Minuten von Gattaca nach Havaille geflogen.

Der Hochseefahrer Southern Cross wird verurteilt. Man nimmt an, daß Schiff und Besatzung verloren seien.

Infolge der Kurdenkämpfe um Bitlis werden die von Österreich ruffischen Garnisonen an der türkischen Grenze in der nächsten Zeit verlegt.

Caillaux hat sich entschlossen, wieder zu kandidieren.

In Albanien wurde die allgemeine Mobilisation erklärt.

Der südalbanische Brand.

Der Wunsch der Diplomaten, die mit dem autonomen Albanien eine weisse Schöpfung glaubten zur Welt gebracht zu haben, richtet sich bitter: in und um Albanien geht es noch im Aufstand. Der Kampf ist unablinder als während des Balkankrieges. Der Knabe Karl hängt an, seinen Vätern unähnlich zu werden. Es sind rund vier Wochen her, seitdem der deutsche Prinz in Durazzo seinen Einzug als „König von Albanien“ mit einem für albanische Verhältnisse imponierenden Aufbruch hielt, und innerhalb dieser vier Wochen ist sich unten an der griechisch-albanischen Grenze ein Brand entzündet, dessen Funken auch der übrigen sogenannten Balkanruhe gefährlich werden können.

Es geht zu den schlimmsten Zuständen des Balkanunternehmens, daß bei der Angliederung Albanien an den Balkan die griechisch-berberischen Striche zu Albanien geschlagen wurden. Das ist der Grund, weshalb die Griechen nicht zur Ruhe kommen. Das Streitproblem ist mit der Annexion der Insel durch Griechenland aus der Welt geschafft, das Spinasproblem ist an seine Stelle getreten. Die griechische Regierung hat zwar bei der Zurückziehung ihrer Truppen aus Südalbanien versprochen, für die Veranlassung der griechischen Bürger zu sorgen, aber es ist bei dem Verzug geblieben. Wenn man von der Zahl der epirotischen Soldaten hört, von ihrer Verfassung, von der bestimmten Art des Aufstehens, dann muß daraus geschlossen werden, daß die Aufstandsbewegung von Athen aus hat begünstigt wird, und das ist zu verstehen, wenn man bedenkt, wie verlockend die Idee der Regeneration und Fortschritt der Griechen vor der Welt liegt, Städte, deren Bevölkerungszahl griechisch ist, Städte mit griechischer Kultur, mit griechischem Leben.

Um Koriza geht auch gegenwärtig der Kampf, der sich so ausgewachsen hat, daß verwirrende Gerüchte die Welt in Brand setzen. Koriza ist ein Ort, der von der griechischen Armee besetzt ist, die von den heiligen Basiliden eingenommen worden. An der Spitze der Truppen steht ein griechischer Oberst, unter ihm ein griechischer Major, die albanische Gendarmen sind nur noch in der Stadt eingedrungen. Die albanische Gendarmen sind noch in der Stadt eingedrungen. Die albanische Gendarmen sind noch in der Stadt eingedrungen.

Wag dieser nächtliche Aufstand auch mißlungen sein, so ist er doch die Dimension des Aufstandes in Südalbanien, aus dem nördlichen Spinas abgegangene Telegramme albanischer Regierungsbeamter besagen, daß die albanische Gendarmen mit Waffen zu kämpfen habe, die aus regulären griechischen Truppen gebildet seien, die mit griechischen Offizieren, Geführten und Militärleuten in den Kampf zögen. Die griechischen Truppen würden von der albanischen Gendarmen mit noch mit Wache gehalten. Wie bräutig die Situation in der albanischen Regierung ist, beweist auch ein Telegramm aus der neuen Hauptstadt:

Durazzo, 4. April. In dem gestern noch in später Abendstunden wegen der Meinungen aus Koriza abgehaltenen Ministerrat, der über zwei Stunden dauerte, wurde beschlossen, die sofortige allgemeine Mobilisierung anzuordnen. Für Willich erklärte, er werde an der Spitze der Truppen in den Kampf ziehen. Die Regierung ist im Besitz von unerschütterlicher Besetzung, daß die epirotische Bewegung von dem griechischen Metropolit und albanischen griechischen Offizieren geleitet und unterstützt wird.

Die Anordnung der Mobilisation mag sehr losgemäß sein, aber es ist nur noch nicht recht klar, was der Zweck eigentlich mobilisieren will. Ruher der Gendarmen ist ihm keine gefahrlose Aufgabe zur Verfügung, und das darf er höchstens mit dem allgemeinen Aufstand rechnen. Nach dem Fall von Koriza an die Truppen ergeben lassen wird. Nach dem Fall von Koriza an die Truppen ergeben lassen wird. Nach dem Fall von Koriza an die Truppen ergeben lassen wird.

Hilfflos steht die Diplomatie vor ihrer Schöpfung, diesem autonomen Lande, in dem man vorläufig noch immer mit zwei Dutzend entschlossenen Männern die Autonomie einer Provinz erklären kann. Und wenn die Meinung wahr ist, daß Kaiser Wilhelm die Intervention der Mächte angerufen hat, dürfte sich die Hilflosigkeit der Mächte um einige Grade verstärkt zeigen. Schon wird von einem französischen Vorschlag berichtet: Albanien solle gegen eine Entschädigung von 2 1/2 Millionen Frank Argonostas mit einem Teile Südalbanien an Griechenland abtreten, England soll bereits zugestimmt haben. Die Antwort Italiens steht noch aus. Andere Telegramme stellen eine italienisch-österreichische Expedition in Aussicht. Das mögen Gerüchte sein, aber ihre Vieldeutigkeit beweist nur die Uneinigkeit der Mächte. Immer klarer zeigt sich an alledem, welche gefährliche Art der Treibung mit der Schutzherrschaft Österreichs über den neuen Staat auf sich genommen hat. Als Bedrohung Serbiens war das Fürstentum gedacht und zur Bekämpfung seiner Schuttpatrone droht es zu werden.

Die Arbeit der Tripelente.

Wien, 4. April. Wie dem Korrespondenten der Wiener Allgemeinen Zeitung in Paris von einer maßgebenden Persönlichkeit mitgeteilt wird, hat die französische Regierung in den letzten Wochen der englischen und russischen Regierung eine Note zugeworfen, die die Antwort auf die griechische Note enthalten soll. In dieser Note schlägt die französische Regierung vor, daß die Mächte Griechenland mitteilen lassen, sie würden all ihren Einfluss bei der albanischen Regierung geltend machen, damit diese den Epiroten unvollständige religiöse und kulturelle Freiheiten gewährt. Ferner sollen sich die Mächte damit einverstanden erklären, daß die bereits bekannte Grenzverteilung bei Argonostas durchzuführen werde und daß sich später nach vorgekommener Grenzregulierung die Mächte Griechenland bezüglich einer etwa nördlicheren Grenzlinie bei Koriza betätigt werden. Betreffs der Inselfrage sollen die Mächte bei der Vorlage ihren guten Einfluss aufwenden, damit die Neutralität von Griechenland und Kreta nicht verlegt werde. Die englische Regierung hat dem französischen Vorschlag bereits ihre Zustimmung gegeben; von Rußland steht die Antwort noch aus.

Das Koalitionsrecht am Galgen.

In den neuesten Aufsätzen der Behörden gegen die Gewerkschaften schwebt die Frage im Vordergrund:

In den letzten Tagen haben die Berliner Zahlstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Fabrikarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes sowie die Hauptverbände der zentralisierten Verbände der Transportarbeiter, Holzarbeiter und Landarbeiter die Aufforderung erhalten, Sitzung und Vorstandssitzung einzustellen. Schon einige Wochen vorher war der Bergarbeiterverband durch ein Schöffengerichtsurteil in Böhmen für politisch erklärt und die Aufnahme von Personen unter 18 Jahren in ihn bestrast worden.

Man will also jetzt die langwierige und bereits abgelehnte Schlinge zuziehen und das Koalitionsrecht der Arbeiter am Galgen des Vereinsgesetzes aufhängen. Die Sozialdemokratie hatte diese Veruche vorausgesehen, denn sie wußte, daß in dieser Richtung in Preußen alles unmöglich ist. Deshalb beantragte die Sozialdemokratie in der Kommission, bei den Verhandlungen des Vereinsgesetzes den Begriff des politischen Vereins zu definieren als ein

„Verein, der bestimmt, durch mündliche Erklärungen in Versammlungen auf die Befreiung des Staates einzutreten“.

Aber die Mehrheit der Kommission lehnte diese gefegliche Wendung im Vertrauen auf die Zusagen v. Weidmanns ab. Dasfelde Schicksal hatte ein weiterer Antrag:

„Als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes sind nicht anzusehen die Vereine, gütliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Teilnehmer oder weitere Kreise herbeizuführen oder die gütliche oder kaiserliche Ausbildung der Teilnehmer oder weiterer Kreise zu fördern, sowie religiöse Zwecke, aus denen diese durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden.“

Die Sozialdemokratie wollte dadurch die Bildungsbereine und Gewerkschaften und das religiöse Leben von der politischen Verantwortung ausschließen. Die Mehrheit der Kommission aber begnügte sich mit einer Erklärung des Staatssekretärs, daß die tatsächliche Einwirkung auf einzelne öffentliche Angelegenheiten keineswegs genügt, um den betreffenden Verein als politisch dem Vereinsgesetz zu unterstellen. Erforderlich sei, daß der Verein die Einwirkung „bezwecke“.

Das heutige Vorgehen gegen die Gewerkschaften zeigt, in welchen Vertiefungen die Zusicherungen haben. Die Gewerkschaften sind keine politischen Vereine, sondern beschränken sich auf die in § 152 der Gewerbeordnung festgesetzte Tätigkeit der Einwirkung auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis im Wege privatrechtlichen Vertrags. Selbstverständlich beschließen sie sich auch mit den gesetzgeberischen Kreisen. Die dies Gebiet betreffen, namentlich die Abwehr der gegen das Koalitionsrecht geplanten Anschläge. Selbstverständlich wenden sie sich hierbei gelegentlich an entsprechende Abgeordnete und Behörden. Selbstverständlich bedürfen sie sich dabei der Unterstützung derjenigen Politiker, die bereit sind, die Interessen der Gewerkschaften zu vertreten; es ist nicht ihre Schuld, daß das aber allen die Sozialdemokraten sind. Selbstverständlich kommt das auch in den gewerkschaftlichen Journalen zum Ausdruck. Das ist immer so gewesen und kann gar nicht anders sein. Aber deswegen ist die Gewerkschaft für „politisch“ zu erklären, das enthält eine Umkehrung des Verhältnisses von Zweck und Mittel.

Der Zweck der Gewerkschaften ist und bleibt unpolitisch und liegt auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und privatrechtlichen Lebens. Nur gelegentlich und in einem Umfange, der im Verhältnis zu der Gesamttätigkeit der Gewerkschaften geradezu winzig ist, betreiben die Gewerkschaften dazu Mittel, welche den Staat und seine Einrichtungen, namentlich seine Gesetzgebung, meist auch nur mittelbar, berühren. Es gehört aber echter preussischer Polizeigeist dazu, um zu behaupten, daß diese vereinigen, das politische Gebiet kreisförmig umschließenden Handlungen der eigentliche Zweck der Gewerkschaften wären.

In der Praxis richtet sich dieses ganze Vorgehen parteilich nur gegen die Koalition der Arbeiter, nicht gegen die der Unternehmer, und auch bei den Arbeitern nur gegen die vom Arbeitgeber und der Polizei verfolgten Richtungen. Freie und politische Gewerkschaften werden als politisch behandelt, nicht die christlichen, nicht die unzähligen anderen Vereine, welche zum großen Teile offen Politik treiben, wie Jünglingsvereine, gelbe Gewerkschaften u. s. w.

Darum, schon dieser Ungerechtigkeit wegen wäre das Vorgehen der Polizei keine gleichgültige Sache. Aber die Erklärung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen hat auch unmittelbar die schwersten praktischen Folgen. In Berlin und anderen großen Städten zwar mag es gleichgültig sein, ob die Polizei das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder erhält. In kleineren Städten, wo sofort die Arbeitgeber alles erfahren, was in den Polizeibüchern steht, und wo die Arbeiter den rücksichtslosen Nachstellungen, dem Terrorismus ihrer Arbeitgeber und der Behörden gegenüber viel hilfloser sind, kann die Notwendigkeit der Anweisung geradezu die Gründung einer Gewerkschaft verhindern.

Die Hauptsache ist natürlich der Ausschluß der Jugendlichen, die Absicht, den Gewerkschaften den Nachwuchs abzuschneiden. Herr Müller-Reinigen hat sich noch neulich im Reichstag zu diesem Lieblingsstück der Jugendlichenbestimmung des Vereinsgesetzes, freudig bekannt. Wird er das auch jetzt noch aufrechterhalten wollen?

Die Arbeiter wissen, was ihr Koalitionsrecht, was ihre Gewerkschaften für sie wert sind. Sie wissen auch, wer ihr Koalitionsrecht schneidet und wer die Hand dazu gebietet, es einzunehmen und zu unterdrücken.

Die Gewerkschaften sind nicht politisch, aber die Wirkungen dieses neuen Anlasses gegen sie, die werden eminent politisch sein. Die Sozialdemokratie wird den Gewinn davon haben.

Die Fortführung der Reichstagsarbeiten.

In den Auseinandersetzungen über die Frage: Schluß oder Vertagung des Reichstags? nimmt jetzt — reichlich spät! — die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Stellung. Die Nachrichten einiger parlamentarischer Korrespondenzen und Zeitungen, daß die Regierung in dieser Frage einen kleinen Konflikt mit dem Reichstage beabsichtigt, finden darin keine Stütze. Die Äußerungen des Regierungsblattes klingen vielmehr ziemlich sachlich und friedlich.

Die letzte Einberufung des Reichstags im vorigen Herbst sei aus Rücksicht auf den Reichstag selbst geschehen, so führt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung aus, weil dieser vorher bis in den Nachsommer hinein gearbeitet habe. Weiter wird beklagt, daß der Reichstag wieder zu der alten, guten Gewohnheit zurückkehren möge, den Etat vor dem 1. April fertigzustellen; dann würde eine frühere Einberufung im Herbst auch zu ermöglichen sein. Die Frage der Freisubstanz der Abgeordneten habe mit der Entscheidung über Schluß oder Vertagung nichts zu tun. Hierüber ist die Regierung also gekommen:

Am vorliegenden Falle wird der Reichskanzler, wie wir glauben, die Entscheidung des Kaisers erst herbeizuführen, wenn sich das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen genauer übersehen läßt. Darüber, was in diesem Jahre nach Eilem noch erledigt werden soll, wird sich hoffentlich eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien erzielen lassen. Findet man nach der Appell an die Selbstbeschränkung in den Debatten Gebot, so wird der Reichstag nicht ungebührlich lange auf den Beginn der Sommerferien zu warten brauchen.

Das läßt nicht gerade auf Konfliktabsichten schließen. Andererseits zeigen diese Darlegungen, wie wenig die Reichsregierung bereit ist, sehr berechtigten Forderungen des Reichstags zu erfüllen. Die Frage der Freisubstanz ist als lästige Spruchzeit zu betrachten und die absolutistische Entscheidung durch die Regierung bezu. den Kaiser über den Gang der Reichstagsarbeiten ist nur so lange aufrecht zu erhalten, als der Reichstag lediglich als minderwertiges Anhängsel der Regierungsgewalt angesehen wird. In einem anderen Staatswesen mit nur leidlich liberalen Einrichtungen spielen alle derartigen Kleinlichkeiten keine Rolle, mit denen man sich bei uns fortwährend herumzergern muß.

Bassermann und die Jungliberalen.

In der Köln. Zig. nimmt der Abgeordnete Bassermann das Wort zu den Einigungsbestrebungen in der national-liberalen Partei. Er verkündet, niemals habe er einen so festen Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit empfunden, wie in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes. Den Konferen-